

Public Private Partnerships ruinieren die kommunalen Haushalte und untergraben die Demokratie

Positionspapier von Attac Trier zum PPP-Projekt Südbad-Sanierung

Was ist PPP?

Public Private Partnerships (kurz PPP) sind eine besondere Form der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen. Der bisher öffentlich geplante und finanzierte Neubau oder die Sanierung von Einrichtungen, wie zum Beispiel einem Schulgebäude, übernimmt ein privater Investor und betreibt das Gebäude anschließend für 20 oder 30 Jahre. Die Kommune bleibt zwar Eigentümer des Gebäudes, muss aber dennoch Miete zahlen. Was erst einmal wie ein Ausweg aus der kommunalen Finanznot klingt, erweist sich in der Realität als eine gesetzlich geschützte Form die kommunalen Haushalte langfristig zu ruinieren. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die PPP-Projekte in der Regel für die öffentliche Hand erheblich teurer werden als eine Eigeninvestition. Im Effekt werden also mögliche Gewinne aus der öffentlichen Hand in private Taschen umgeleitet.



Attac fordert deshalb die Finanzierung öffentlicher Projekte durch günstige Kommunalkredite, die Kontrolle öffentlicher Güter durch die BürgerInnen, die Offenlegung aller PPP-Verträge, die Stärkung der Rechnungshöfe und die Rücknahme des PPP-Beschleunigungsgesetzes.

Unsere Kritik am PPP-Projekt Südbad

Auch in Trier ist mit der Sanierung des Südbades das erste PPP-Projekt angelaufen. Die Sanierung des Bads kostet rund 9,5 Millionen Euro. Inklusive Betrieb, Zinsen und Bauunterhaltung muss die Stadt in den nächsten 25 Jahren rund 18 Millionen für das

Südbad aufbringen. Wie bei allen PPP-Projekten ist der Vertrag zur Südbad-Sanierung nicht öffentlich zugänglich. Dies halten wir für undemokratisch, da dadurch eine öffentliche Kontrolle über das Projekt verhindert wird. Weder der PPP-Vertrag, noch die Kritik des Landesrechnungshofes sind bis jetzt veröffentlicht.

Public Private Partnerships sind für uns kein Ausweg aus kommunalen Finanznöten. Im Gegenteil werden sie diese noch verschärfen. So handelt es sich bei PPP-Projekten um versteckte Schulden. Statt einen kommunalen Kredit aufzunehmen verpflichtet sich die Stadt dem Projektpartner, der Berndorf Metall- und Bäderbau GmbH, über 25 Jahre Miete für das Objekt zu zahlen. Im Fall des Südbads wird der Haushalt der Stadt Trier dadurch bis ins Jahr 2035 belastet. Das finanzielle Risiko des Projektes liegt durch die Forfaitierung mit Einredeverzicht einseitig bei der Stadt.



Das Finanzierungsmodell des PPP-Projekts Südbad-Sanierung wird in der PPP-Projektdateiabank des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung als Forfaitierung mit Einredeverzicht bezeichnet¹. Was bedeutet dies? Forfaitierung bedeutet, dass das von der Stadt beauftragte Unternehmen ihre über 25 Jahre andauernden Mietforderungen an eine Bank (in diesem Fall der LHI Leasing GmbH) verkauft und die Gesamtsumme ausbezahlt bekommt. Die Stadt überweist die Miete nicht mehr an den Unternehmer sondern an die Bank. Einredeverzicht bedeutet dabei, dass die Stadt garantiert die Miete immer vollständig auszuzahlen, unabhängig davon was das beauftragte Unternehmen leistet, d.h. es ist dabei egal ob der Bau und der Betrieb des Südbades mangelhaft ausgeführt werden². Zum Einredeverzicht gehört übrigens auch, dass die Bank den Vertrag an andere Finanzinstitute weiterverkaufen kann. So werden aus Mietverträgen Finanzprodukte, ein Konzept ähnlich der

¹ Bundesverkehrsministerium: PPP-Projektdateiabank: http://www.ppp-projektdateiabank.de/index.php?id=27&tx_ppp_controller_searchmap%5BprojectId%5D=189&tx_ppp_controller_searchmap%5Baction%5D=showProject

² Werner Rügemeier: Forfaitierung mit Einredeverzicht, in: der Freitag, 07.09.2007: <http://www.freitag.de/2007/36/07360401.php>

Verbriefung von Immobilienkrediten auf dem US-Immobilienmarkt, das die letzte Finanzkrise ausgelöst hatte.

Regelmäßig bei PPP-Projekten zu beobachten sind auch Nachforderungen des Investors. Auch bei der Südbad-Sanierung erhöhten sich die Kosten des PPP-Projektes bereits in der Bauphase zweimal. So erhöhten sich im November 2009 die Kosten durch die Erneuerung der Wasserrutsche um fast 250.000 Euro. Im Sanierungsvertrag wurde geregelt, dass die Stadt alleine für den Neubau der Rutsche aufkommen muss³. Ein weiteres Mal erhöhten sich die Kosten im Januar 2010 um 114.000 Euro durch die Sanierung der Decken im



Umkleide- und Duschbereich. Obwohl die Stadtverwaltung der Ansicht war, dass die Schuld für die erneute Kostenerhöhung bei dem beauftragten Unternehmen lag, sah sich der Stadtrat gezwungen den Zusatzausgaben zuzustimmen. Anscheinend hätte ein erhebliches Risiko bestanden bei einer Rechtsstreitigkeit vor Gericht zu unterliegen⁴. Wie weit die Ausbeutung kommunaler Haushalte mithilfe von PPP-Verträgen gehen kann, zeigt sich aktuell am Beispiel des Baus der Hamburger Elbphilharmonie, wo das Bauunternehmen Hochtief bereits 159 Millionen Euro an Zusatzkosten von der Stadt Hamburg verlangt hat.

Auch der rheinland-pfälzische Landesrechnungshof kritisiert die Südbad-Sanierung mithilfe einer Public Private Partnership. Nach einer Überprüfung wurde, wie Christiane Wolff vom Trierischen Volksfreund berichtete, bereits im September 2009 klar, dass „...der Umbau und Betrieb des Bades in Zusammenarbeit mit einem privaten Betreiber für die Stadt nicht günstiger als Sanierung und Betrieb auf eigene Faust...“ ist⁵. Der Präsident des Rechnungshofes Klaus Behnke kritisierte bereits vor

³ 16vor: Rat für neue Wasserrutsche, 27.11.2009: <http://www.16vor.de/index.php/2009/11/27/rat-fur-erneuerte-rutsche/>

⁴ 16.vor.de “Nicht unerhebliches Risiko”, 25.01.2010: <http://www.16vor.de/index.php/2010/01/25/nicht-unerhebliches-risiko/>

⁵ Christiane Wolff: Experiment gescheitert, in: Trierischer Volksfreund, 15.09.2009: <http://www.volksfreund.de/totallokal/trier/Heute-in-der-Trierer-Zeitung-Trier-Trier-s-252-dbad-freibad-PPP->

Vertragsabschluss dessen Konstrukt aus "elastischen und nur gering belastbaren Zahlen". Der Landesrechnungshof ging bereits damals davon aus, dass ein PPP-Projekt die Stadt teurer zu stehen käme als eine herkömmliche Sanierung. Johannes Herrmann, der beim Rechnungshof das Prüfgebiet "Bau" leitet, erklärte im TV wie die Wirtschaftlichkeitsprüfung trotzdem gelang: „Nach einer ersten Berechnung hatten die Kosten für die PPP-Realisierung die für eine herkömmliche Sanierung um 50 Prozent übertroffen. Bund und Land - die beide das Südbad als PPP-Pilotprojekt wollten - hätten zusammen mit der Stadt dann den Vergleichswert für eine herkömmliche Sanierung um 1,2 Millionen Euro angehoben. Der Zahlentrick ließ die PPP-Sanierung schließlich wirtschaftlich erscheinen: Insgesamt ganze 750 000 Euro sollte die Sanierung in Partnerschaft mit den Privaten inklusive 25-jährigem gemeinschaftlichen Betrieb günstiger ausfallen als in städtischer Eigenregie. Der Trierer Stadtrat stimmte daraufhin dem PPP-Projekt im September 2008 zu“⁶

Unsere Forderungen

Beim PPP-Projekt Südbad zeigt sich, wie bei vielen anderen PPP-Projekten, dass Public Privat Partnerships ein Raubbau am Gemeineigentum sind, der die öffentlichen Haushalte auf Jahrzehnte belasten wird. Zudem schadet die Art und Weise wie solche Verträge abgeschlossen wurden der Demokratie, denn das öffentliche Interesse wird privatem Geheimhaltungsinteresse untergeordnet. Attac Trier fordert deshalb mehr Transparenz und öffentliche Kontrolle durch eine Offenlegung des Südbad-Sanierungsvertrags und einen Beschluss des Stadtrats künftig auf PPP zu verzichten um die kommunalen Finanzen nicht weiter zu schädigen.

[PPP-Projekt-S-252-dbad-Sanierung-Landesrechnungshof-Johannes-Herrmann-Bernarding-Berndorf-B-228-derbau-Calypso-GmbH;art754.2200190](http://www.volksfreund.de/totallokal/trier/Heute-in-der-Trierer-Zeitung-aufm2-Trier-aufm2-s-252-dbad-trier-schwimmbad-stadtrat-landesrechnungshof-rechnungshof-lrh-stadtverwaltung-ppp-private-public-partnership-kosten-berndord-b-228-derbau-calypso-gmbh;art754.2365816)

⁶ Christiane Wolff: Südbad. Private machen's nicht billiger, 23.02.2009:

<http://www.volksfreund.de/totallokal/trier/Heute-in-der-Trierer-Zeitung-aufm2-Trier-aufm2-s-252-dbad-trier-schwimmbad-stadtrat-landesrechnungshof-rechnungshof-lrh-stadtverwaltung-ppp-private-public-partnership-kosten-berndord-b-228-derbau-calypso-gmbh;art754.2365816>